



Ob Schwarz/Gelb, "Rot"/Grün, Schwarz/"Rot":

Die Bürgerliche Offensive geht weiter

Die SPD hat nicht geringe Chancen, die Bundesregierung unter dem CDU-Kanzler Kohl nach den Bundestagswahlen Ende September abzulösen. Offen ist vor allem, mit wem die SPD eine Koalition eingehen will; verstärkt diskutieren SPD-BürokratInnen über eine "Große Koalition" mit der CDU. Grundlage der Diskussion sind die Erfordernisse, die der deutsche Imperialismus für das nächste Jahrzehnt vorgibt. Die (halbe) Ablösung der CDU/CSU/F.D.P.-Regierung durch die SPD bedeutet nichts anderes als frischen Wind für die kapitalistische Offensive - die inhaltlichen Unterschiede bzgl. der bürgerlichen Politik sind bedeutungslos. Rassismus und Nationalismus bestimmen ungebrochen die Praxis des bürgerlich-demokratischen Staates und funktionieren als Betäubungsmittel für die Opfer von Verelendung und Unterdrückung, indem sie ihre Wut auf Sündenböcke lenken. Niedriger Stand des Klassenbewußtseins und Zunahme von Rassismus und Nationalismus in der Arbeiterbewegung sind zwei Seiten einer Medaille. Linke und Arbeiterbewegung befinden sich an allen Fronten in der Defensive. Eine (mögliche) SPD-Regierung würde an dieser Situation nichts ändern. Die Richtung einer SPD-Regierung zeichnet sich klar ab: Köpfechsel ja, Politikwechsel Nein.

Unzählige Beispiele, wie die Politik einer SPD-geführten Bundesregierung aussehen wird, gibt es jetzt schon:

Schröder und sein Schatteninnenminister Schily fordern in einem SPD-Positionspapier die konsequente Abschiebung "ausländischer Straftäter", mehr Härte bei der Durchsetzung der inneren Sicherheit und eine höhere Effizienz von deutscher Polizei und Europol. Der niedersächsische Innenminister Glogowski versucht, seinen "kriminelle-Ausländer-raus-aber-schnell"-Ministerpräsidenten beim staatsrassistischen Terror gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge noch zu übertreffen. Er erklärte, "er wolle die Änderungen am Asylbewerberleistungsgesetz auch gegen Widerstände in seiner Partei 'so schnell wie möglich durchziehen'" (SZ 23.06.1998).

Möchtegern-Außenminister Scharping entwickelte die imperialistische Hardliner-Interventionslinie im Kosovo vor Ruhe: Deutsche Truppen ohne ein Mandat der UNO gegen die Serben in den Krieg ziehen zu lassen. Das hält Schröder nicht davon ab, Ruhe - seinen erklärten Lieblings-Vizekanzler im Falle einer "Großen Koalition" - wegen dessen "ausgezeichnete(r) Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr" (WAZ 06.08.1998) zu loben. Solche Erfahrungen wird er brauchen können, will er doch die Bundeswehr bei "einer neuen Militär-Intervention im Irak" (SZ 06.08.1998) mitmarschieren lassen. Als Anwalt deutscher Interessen liegt

es Schröder besonders am Herzen, als "Euro-Skeptiker" nicht etwa die EU zu beseitigen, sondern die Großmachtambitionen des deutschen Imperialismus innerhalb der EU stärker und kompromißloser durchzusetzen und den Euro zu einer effektiven Konkurrenz zum Dollar auszubauen.

SPD-Ministerpräsident Beck fordert die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche für den öffentlichen Dienst. NRW-Sozialminister Horstmann (SPD) hat bei der Kindergartenfinanzierung einen Kahlschlag durchgezogen. "Dieser soll 'kein Sparpaket' sein ... Gleichwohl war die Kostensenkung das oberste Ziel. 440 Millionen Mark sollen von 1999 an in den Kindergärten und Tagesstätten eingespart werden" (FAZ 19.05.1998). Schröder selbst stellt die minimalen Reformversprechen (z.B. Wiedereinführung der Lohnfortzahlung, Rücknahme der Erhöhung bei der Zuzahlung zu Medikamenten) unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit: Bei einer öffentlichen Verschuldung von über 2 Billionen DM und 120 Milliarden DM Zinszahlungen (die Schröder selbstredend nicht unter Finanzierungsvorbehalt stellt) eine klare Absage.

Als besonderen Stimmenfänger bei den Lohnabhängigen hat sich Schröder den IG-Metall-Vize Riester ins Boot geholt, um ihn als Arbeitsminister auf die Lohnabhängigen loszulassen. Riester braucht dabei nicht über seinen Schatten zu springen: Die Bosse loben ihn als besonnenen Mann, erwarten sie doch den Ausbau der gesetzlichen Grundlagen für weitere Kahlschläge. Zurecht: Riester tritt bereits im Wahlkampf u.a. für die Lockerung der Altersteilzeit ein. Die gesamte Wahlkampagne des DGB zielt darauf ab, die SPD an die Macht und die Gewerkschaftsbözen an den Tisch der Regierung zu bringen. Die IG-Metall will "klare Aussagen auch von der SPD einfordern" (metall 5 1998), "vor allem zum 'Bündnis für Arbeit'" (ebenda). Denn es geht "um eine ernsthafte Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte" (ebenda). Genau diese "Zusammenarbeit", das "Bündnis für Arbeit", funktioniert bereits prächtig. Bei der Vorlage des "sozialpolitischen Konzepts" des BDA zur Bundestagswahl stellt BDA-Präsident Hundt fest: "Auf betrieblicher Ebene seien in den vergangenen Jahren Tausende erfolgreicher Bündnisse für Arbeit geschlossen worden" (FAZ 12.05.1998). Für die Lohnabhängigen bedeutet das: unbezahlte Überstunden, Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnerhöhung, Lohnkürzungen, erhöhte Arbeitshetze, usw. Und genau in diesem Sinne wollen die Gewerkschaftsbözen nun nicht nur auf betrieblicher Ebene, sondern gesamtgesellschaftlich Verantwortung für das deutsche Kapital übernehmen.

Diesen Gewerkschaftsbözen stellt Schröder den expliziten Gewerkschaftsfeind Stollmann - ehemals Eigentümer

der Firma CompuNet - als Schattenwirtschaftsminister zur Seite. Die *Wirtschaftswoche* berichtet: "Als Compunet-Angestellte vor dem Kerpener Unternehmen zur Gründung eines Betriebsrats aufriefen, konnte Stollmann durch eine flammende Rede den Plan vereiteln" (WW 25.06.1998). Als kapitalistischer Patriarch meint Stollmann, die "Bedürfnisse der Mitarbeiter ... müßten Unternehmer schon selbst herausfinden" (*ebenda*) und lehnt das "Bündnis für Arbeit" entschieden ab, sofern es irgendeine Verpflichtung für das Kapital bedeutet: "Es ist schlicht unmöglich, daß Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände den Unternehmen vorschreiben, wann sie wie viele Arbeitnehmer einstellen sollen" (*ebenda*). Riesters Kommentar hierzu: "In wesentlichen Fragen des Bündnisses für Arbeit stimme er mit Stollmann überein" (SZ 30.06.1998). Der SPD-Politiker Glotz erklärt zu Stollmanns forcierten Attacken gegen die Arbeiterklasse, "nicht der Quereinsteiger müsse sich ändern, sondern die Organisation SPD" (SZ 28.07.1998).

Auf allen Gebieten des Klassenkampfes, dem gewerkschaftlichen wie den innen- und außenpolitischen, greift die SPD offen die elementaren Interessen der Arbeiterklasse an und spaltet sie.

Bündnis90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen - ein möglicher SPD-Koalitionspartner - ist eine kleinbürgerliche Partei mit einem kapitalistischen Programm. Offen strebt sie danach, die F.D.P. zu beerben. Da sie keine Arbeiterpartei ist, kann ihre Wahl grundsätzlich kein Ausdruck der Klassenunabhängigkeit des Proletariats von der Bourgeoisie sein. Zudem lassen "Die Grünen" auch in den politischen Inhalten selbst jede pseudo-linke Maskerade fallen: Der Blick zur Macht läßt alles vergessen, was irgendwie hinderlich sein könnte. Das in Magdeburg beschlossene durch und durch bürgerliche Wahlprogramm wurde auf Wunsch der Bourgeoisie auf einem flugs einberufenen "Kleinen Parteitag" abgeändert. "Einstimmig verabschiedeten die Delegierten ein Kurzprogramm, in dem die Forderung nach einem Benzinpreis von fünf Mark nicht mehr vorkommt ... Der Bosnien-Einsatz wird nun als 'friedenserhaltend' gewertet" (SZ 08.06.1998).

Inhalt:

<i>Die Bürgerliche Offensive geht weiter</i>	S. 1
<i>Wahlkampf, Antikommunismus, ...</i>	S. 7
<i>Bildungspolitische Gegenoffensive</i>	S. 8
<i>Weg mit den Verboten von ...</i>	S. 9
<i>Niederlage am 1. Mai</i>	S. 14

Redaktionsschluß: 19.08.1998

BOLSCHEWIK

Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen
Bolschewistischen Tendenz

Redaktionsanschrift:
Postfach 210 254
10502 Berlin

Erscheint im Selbstverlag

V. i. S. d. P.: J. Berger, 10502 Berlin

Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-
Übersee DM 15,- (in Briefmarken beilegen) -
(erscheint unregelmäßig)

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der
Meinung der Redaktion.

Die ehemaligen antikommunistischen PazifistInnen haben sich angesichts zunehmender militärischer Interventionsbestrebungen des deutschen Imperialismus in die Fraktion der Kriegsbefürworter und -treiber - zunächst auf dem Balkan - eingereiht. Und die eigenen ParteikollegInnen fallen über den ministrablen Tritin her, der doch bereits vier Jahre zusammen mit Schröder in Niedersachsen regiert hat, weil er den Fahneneid auf die Friedensmissionare in Uniform nicht ohne Wenn und Aber ablegt. Tritins Rolle in einer Regierung ist es dabei, "den linken Parteiflügel zu überzeugen, unliebsame Regierungsbeschlüsse mitzutragen" (SZ 23.06.1998).

Die grüne Beschränkung auf die Forderung nach dem "kommunalen Wahlrecht" für ImmigrantInnen bewegte sich schon immer in der Logik rassistischer Ungleichheit. Heute wird diese Forderung angesichts der rassistischen Welle in Deutschland wenn, dann nur noch kleinlaut, vortragen. Sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge - dazu zählen alle Flüchtlinge derzeit mit Ausnahme einiger Bürgerkriegsflüchtlinge - sollen mit Zustimmung des Bundesrates zur erneuten Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes ausgehungert werden. Bei der Durchsetzung dieser Vorgabe werden sich "rot"-grüne Landesregierungen, wie schon bei den Massenabschiebungen, wohl kaum von anderen unterscheiden. Der Rassismus trifft nicht nur Flüchtlinge, sondern vermehrt und gezielt alle nach Deutschland Immigrierten und soll die Lohnabhängigen vom gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie abhalten. Es ist notwendig, gegen alle Einwanderungsbeschränkungen und Abschiebungen sowie für die vollen Staatsbürgerrechte von ImmigrantInnen einzutreten, denen u.a. millionenfach das Recht zu Wählen (auch wenn es diesmal niemanden zu wählen gibt) vorenthalten wird.

Die PDS, ...

Für die PDS ist klar, daß sie "auch ohne die Zustimmung der SPD Gerhard Schröder zum Kanzler wählen würde" (SZ 02.06.1998). Das bedeutet eine Blanko-Unterstützung für die rechte SPD-Politik. Und André Bries "Drohung", "Schröder wisse, welchen Preis er bezahlen werde, wenn er sich von der PDS mitwählen lasse" (*ebenda*), ist nicht mehr als ein politischer Witz. Denn warum sollte die Sozialdemokratie der PDS überhaupt entgegenkommen, wenn die PDS wie in Sachsen-Anhalt in den letzten vier Jahren die schwarze Politik der SPD, quasi zum Nulltarif, toleriert. Beschränken sich doch die PDS-"Erfolge" (der PDS-Tarif) auf die Verhinderung von "Kürzungen bei kommunalen Investitionen" (*jungle world* 20.05.1998), "einen Sanierungsfonds für in Not geratene Betriebe" und "ein Jugendprogramm mit rund 300 Arbeitsplätzen für Sozialarbeiter" (*ebenda*). Kein Wunder, daß Brie den Preis gar nicht so genau bestimmen kann, und für die "Neuen Länder", wo "die Voraussetzungen für eine Koalition in Mecklenburg-Vorpommern am günstigsten" (SZ 02.06.1998) sind, vage feststellt: "Zum Nulltarif werde die PDS aber nicht mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten" (*ebenda*). Da mit diesen Tarifen keine großen Gewinne gemacht werden können, besinnt sich die PDS auf eine besondere Art des Ostnationalismus, nicht selten gepaart mit Rassismus (siehe *BOLSCHEWIK* 9).

... ihre "Opposition" im Bundestag

Als Oppositionspartei im Bundestag hat die PDS nichts Besseres zu tun, als ihre Regierungsfähigkeit in Verantwortung für Deutschland unter Beweis zu stellen. So stimmte sie z.B. der SPD-Variante des "Großen Lauschangriffs" zu. Und

auch in bezug auf die Politik des deutschen Imperialismus auf dem Balkan ist es mit der "Opposition" der PDS nicht mehr weit her. Der PDS-Abgeordnete Zwerenz bekennt im Bundestag ganz offen:

"Was den Antrag der Bundesregierung zur SFOR-Nachfolgeoperation anbetrifft, so wird ihn die Gruppe der PDS nicht ganz einheitlich (!), aber mehrheitlich - ablehnen" (*Das Parlament* 03.07.1998).

Und weiter:

"Soldaten würden künftig vor allem schützende, helfende Funktionen ausüben und damit Voraussetzungen für die politische Gestaltung des Friedens schaffen. Dies ist nicht grundsätzlich falsch und wird auch von der PDS-Gruppe akzeptiert" (*ebenda*).

Die PDS will es nicht bei der bloßen Akzeptanz der Großmachtambitionen des deutschen Imperialismus belassen, sondern Tips geben für die bessere Durchsetzung:

"Was wir von der Bundesregierung statt dessen fordern, ist ein vernünftiges Einwirken auf beide Seiten (Serben und Albaner, Anmerkung von uns) und die Übernahme einer wirklich hilfreichen Rolle im Konflikt" (*ebenda*).

Ob Ostrowski oder der PDS-Bürgermeister von Hoyerswerda - immer wieder haben namhafte PDSlerInnen in der Vergangenheit gezeigt, daß rassistische Positionen mit der Mitgliedschaft in der PDS vereinbar sind. Diese scheinbaren Entgleisungen Einzelner, sowie die Unterstützung der sachsen-anhaltinischen Abschieberegierung, stehen in keinerlei Widerspruch zum Wahlprogramm der PDS, das die rassistische Logik deutscher Politik teilt.

Ein "Rechtsanspruch auf Einbürgerung, die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft und das aktive und passive Wahlrecht" wird nur für diejenigen gefordert, "die fünf Jahre und länger ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben" (*Wahlprogramm der Partei des Demokratischen Sozialismus zur Bundestagswahl 1998*). Wer kein(e) Deutsche(r) ist, muß sich auch bei der PDS die staatsbürgerlichen Sporen erst verdienen und bekommt mit der Staatsbürgerschaft nicht nur die Staatsbürgerrechte, sondern auch die repressiven Staatsbürgerpflichten. Und wer den Lebensmittelpunkt hier wählen darf, darüber läßt die PDS ihre potentiellen WählerInnen im Unklaren. Sind hier die "Menschen, die vor politischer, religiöser und sexueller Verfolgung, Krieg, ökologischen und sozialen Katastrophen flüchten" - es sei denn, sie können in ein Land abgeschoben werden, in dem keine "Gefahr für Leib, Leben und seelische Integrität besteht" (*ebenda*) - gemeint oder alle, die hier leben und arbeiten möchten? Die (utopische) Forderung nach offenen Grenzen reduziert die PDS zumindest auf die Gruppe der Flüchtlinge, unberücksichtigt bleiben dabei die ArbeitsimmigrantInnen. Offensichtlich will sich die PDS im Wahlkampf die Tür nach rechts und links offenhalten. "Links" wirkt so ein Programm nur, weil breite Teile der linken Szene die (rechtliche) Ungleichheit grundsätzlich akzeptieren und dabei nicht einmal über die Bleiberechtsforderung hinauskommen. Das spricht zwar gegen die bankrotte Linke, nicht aber für die PDS!

... und ihr kapitalistischer Aufbau Ost

Offen (ost-)nationalistisch ist das von der Parteiführung verfaßte und von 350 Delegierten des Rostocker Parteitags unterzeichnete Rostocker Manifest "Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik". Beim Blick auf den Osten kennt die PDS keine Klassen mehr, sondern nur noch Ostdeutsche. "Politik in, aus und für Ostdeutschland"

will die PDS machen als "ein Programm der gemeinschaftlichen politischen und sozialen Aktion" "unterschiedlichster Kräfte". Eine Volksfront soll die "ostdeutschen Länder und Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger, die ostdeutschen (!) Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, die hier ansässigen Klein- und Mittelunternehmer" zu einer "Willensbildung von unten durch die Verständigung von Gewerkschaften, Verbänden, BürgerInnen- und Betroffeneninitiativen, Betrieben, Sparkassen, Kirchen, Vereinen und Verwaltungen" für den kapitalistischen (natürlich sozial-ökologischen) Aufbau Ost vereinen. Die angeblich klassenübergreifenden "Interessen der hier lebenden Menschen" sollen dabei mittels einer "Politik sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit durch Verknüpfung von Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, sozial-ökologischem Umbau und regionaler demokratischer Selbstverantwortung" verwirklicht werden. Diese Quadratur kann ihre ideologische Erfüllung nur im Kreis der ostdeutschen Volksgemeinschaft finden, die unter dem sozialpatriotischen Motto ostdeutscher Volksinteressen ostdeutsche Unternehmerinteressen vertritt: Das Rostocker Manifest ist ein durchgängiges Plädoyer für die Stärkung ostdeutscher Unternehmen.

Beklagt wird, daß 85% des Ostkapitals westdeutsche und 10% "ausländische" Eigentümer haben und nur 5% "an Ostdeutsche gegangen" sind. "Die mit Staatsgeldern subventionierten Industrieoasen, so es sie gibt, sind in fremder Hand" und "es ist Ostdeutschland und nicht Polen oder Tschechien, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten ist. Es ist Ostdeutschland, wo das Gefühl der Ohnmacht am größten ist". Aus diesem pseudo-kolonialen Jammertal bläst nun die PDS zum ostnationalen Befreiungskampf: "Selbstbestimmung der neuen Bundesländer statt Fremdbestimmung über" diese und "Eigentumsbildung und Eigentumssicherung in Ostdeutschland" sind die bürgerlich-nationalistischen Kampfpapieren, die die PDS konsequent zu einem "Ostdeutsche kauft ostdeutsch" entwickelt, wenn sie eine "höhere Eigenversorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungsmitteln" und "regional vernetzte Wirtschaftskreisläufe" einfordert. Aber auch für die ostnationalistische PDS soll es letztlich das ganze Deutschland sein: Das PDS-"Projekt wirklicher Einheit" "will helfen, daß aus den zwei zunehmend ungerechten Gesellschaften in Deutschland eine gerechte entsteht", "ein zukunftsfähiges Deutschland". Da von Klassenwidersprüchen keine Rede ist, kann diese eine Gesellschaft nur die kapitalistische Volksgemeinschaft sein. Damit kann man auf eine Wählerklientel spekulieren, die ihre Erststimme der PDS und die Zweitstimme der DVU gibt sowie zum Kotau vor Weizsäcker antreten um sich "unmißverständlich zur deutschen Einheit, zum Grundgesetz und zur Marktwirtschaft" (SZ 07.08.1998) zu bekennen. Logischerweise müssen dann selbst harmlose Sozialismus-Verweise der redaktionellen Zensur zum Opfer fallen, wie z.B. die Antragspassage des Marxistischen Forums zum PDS-Wahlprogramm:

"Kritisch durchdacht (...) gibt der in der DDR unternommene Sozialismusversuch Mut, an die heutige Gesellschaft neben allgemein demokratischen auch sozialistische Maßstäbe anzulegen. Im Ringen um soziale Gleichheit und solidarisches Verhalten zueinander verteidigen wir heute und künftig die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden gesellschaftlichen Entwicklung auf deutschem Boden" (jW 27.04.1998).

Als "Kommunist/innen ... in der PDS ... für konsequent sozialistische Politik einzutreten" (*PDS-Landesinfo NRW* 3 98) ist zum Scheitern verurteilt: Die Politik der PDS ist weder sozialistisch, noch tritt sie konsequent für demokratische Rechte ein.

Nicht wählen = Stärkung der Nazis?

Eine besondere Variante des Wahlkampfes für die SPD/PDS (und widerlicher Weise Bündnis90/Die Grünen) ist die Mär von der Wahlbeteiligung, die vorgaukelt, daß durch wenige "linke Stimmen" mehr, mobilisiert durch "revolutionären Wahlkampf", ein möglicher Wahlerfolg der Ultrarechten bzw. Faschisten verhindert werden könnte. Eine kleine Rechnung: Bei ca. 40 Mio. WählerInnen und 5,1 % Stimmenanteil für die Ultrarechten bzw. Faschisten, das sind 2 040 000 Stimmen, reichen keineswegs 40 001 zusätzliche Stimmen, um die Ultrarechten bzw. Faschisten unter die "5 %-Hürde" zu drücken. Es müssten 800 001 Stimmen durch "revolutionären Wahlkampf" für die Wahl von SPD/PDS zusätzlich mobilisiert werden, um die Ultrarechten bzw. Faschisten unter 5% zu drücken. Das Entscheidende bei dieser Rechnung ist, daß die zusätzlichen "linken" WählerInnen den Nenner (sprich die Wahlbeteiligung insgesamt) erhöhen und nicht den Zähler (also diejenigen, die für Ultrarechte bzw. Faschisten stimmen) verringern. Bei der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hätte die Wahlbeteiligung auf über 200 % (!) geschraubt werden müssen, um den Einzug der DVU in den Landtag zu verhindern.

Politisch fatal bei den linken Rechenkünstlern ist deren Glaube, daß durch die Wahl von SPD/PDS/Bündnis90/Die Grünen tatsächlich die Faschisten bekämpft werden können. Der Faschismus ist aber eine außer- und antiparlamentarische Bewegung, die auf die Zerschlagung des Parlamentarismus zielt. Nazis sammeln ihre Kräfte nicht an der Wahlurne, sondern durch (Massen-)Terror auf der Straße, der gegen die unterdrücktesten Schichten ("Sündenböcke") sowie die Linke und Arbeiterbewegung zielt. Die kapitalistische Elendsverwaltung durch SPD/PDS/Bündnis90/Die Grünen arbeitet den Nazis dabei in die Hände. Bei Wahlergebnissen wie in Sachsen-Anhalt werden dann die DVU-WählerInnen von den bürgerlichen PolitikerInnen als "Protestwähler" verharmlost.

Revolutionäre Wahltaktik

Die Beteiligung am bürgerlichen Parlament und an den Wahlen zum Parlament ist für KommunistInnen rein taktischer Natur. Angesichts des niedrigen Klassenbewußtseins und fehlender Illusionen in die Bereitschaft von SPD bzw. PDS, elementare Klasseninteressen zu vertreten, ist die Möglichkeit nicht gegeben, die (Wähler-)Basis von SPD bzw. PDS von ihrer reformistischen Führung zu brechen. Somit ist eine kritische Wahlunterstützung von SPD oder PDS bei der diesjährigen Bundestagswahl indiskutabel.

Weder SPD noch PDS geben auch nur vor, stattfindende Abwehrkämpfe der Lohnabhängigen und Unterdrückten aufzugreifen und voranzutreiben, falls sie an die Regierung kommen sollten. Mögliche Illusionen in die SPD bzw. PDS können daher nur von anderer Qualität sein; ihre Zerstörung führt nicht dazu, daß die Basis die Einlösung ihrer Erwartungen bei KommunistInnen sucht (Ausführlicher ist unsere Taktik bzgl. Wahlen zum bürgerlichen Parlament in *BOLSCHEWIK* 4 beschrieben).

Linker Wahlzirkus

Weite Teile der reformistischen/zentristischen Linken stehen vor der Erfüllung des strategischen Ziels "Kohl muß weg". Der Druck, die SPD bzw. PDS "kritisch" zu unterstützen, ist dementsprechend hoch - die begeisterten Stimmen zur Volksfront-Wahlkampfdemonstration für die SPD am

20.06. in Berlin unterstreichen dies nur. Das Dilemma für viele Linke ist aber, daß sich der "Genosse der Bosse" kaum von Kohl unterscheidet. Die Wahlaufrufe für die SPD werden deshalb immer kryptischer bzw. mittelbar über die PDS gemacht.

Recht anschaulich präsentieren dies drei Organisationen der Linken in Deutschland, die organisatorisch zwar getrennte Wege gehen, sich aber mit mehr oder weniger Kritik in der gleichen Tradition, der von Tony Cliffs International Socialists, sehen: die Gruppen Linksruck, Internationale Sozialistische Organisation (ISO) sowie Internationale Sozialisten (IS). Entsprechend ihres gemeinsamen Stammbaumes charakterisiert alle drei Gruppen, daß ihre Politik nichts mehr fürchtet als die Isolation von den Massen - egal was programmatisch kostet. Das Verhältnis zur Massenpartei SPD ist davon entsprechend geprägt.

Linksruck auf Rechtskurs

Die Gruppe Linksruck, die nach der Auflösung der Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG) in der SPD gebildet wurde, will sich als Sozialistische Alternative der SPD präsentieren. Es war für sich genommen schon ein Skandal für SozialistInnen, genau dann in eine bürgerliche Arbeiterpartei einzutreten, als diese eine massive Rechtsentwicklung ohne innerparteilichen Widerstand vollzog: Zustimmung zu der De-facto-Abschaffung des Asylrechts, zu Blauhelmeinsätzen und den "Kriegskrediten" für den deutsch-imperialistischen Einsatz auf dem Balkan. Die Sauerei, als linkes Deckmäntelchen für arbeiterfeindliche Raubpolitik zu fungieren, versucht Linksruck, mit markigen Sprüchen gegen die SPD-Führung zu vertuschen. So schrieb Linksruck unter der Überschrift "Schröders Klassenkonsens":

"Die SPD wird, wenn es ökonomisch hart auf hart kommt, lieber ihre eigene Klientel angreifen ..., als das System auch nur in Frage zu stellen. Bevor Schröder den VW-Chefs ans Leder geht, wird er sich lieber zum Haßobjekt der Gewerkschaftsbewegung machen. Die Richtung ist klar" (*Linksruck* 56).

Und an anderer Stelle heißt es:

"In Höppners Kabinett sitzt Klaus Schucht auf dem Posten des Wirtschaftsministers. Als ehemaliger Treuhandmanager symbolisiert er gerade die Institution, die die Menschen in Ostdeutschland kaltblütig in die Erwerbslosigkeit trieb. Und diesen Figuren sollen die Arbeiter ihr Vertrauen schenken?" (*ebenda*).

Doch ihre eigene realistische Einschätzung interessiert die Gruppe Linksruck wenig. Vielmehr schürt sie selber - wie es sich für ein "linkes" Alibi-Fähnlein gehört - Illusionen in die SPD. Der systematische Verrat der SPD wird als fehlende Konsequenz abgetan:

"Das Profil der SPD ist viel zu weich, zu verschwommen und zu unkonkret, um den am härtesten von der Krise betroffenen eine Perspektive anzubieten. (...) In Sachsen-Anhalt haben 60% links (!) gewählt. Sie fordern eine andere Politik. Aber was Schröder bisher geboten hat, war zu wenig, zu unkonkret und nicht an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert" (*ebenda*).

So wird versucht, die Illusion in den Massen zu schüren, man könne heute die bewußt betriebene aggressive bürgerliche SPD-Politik nach links rücken:

"Die SPD muß jetzt auf konkrete Forderungen festgenagelt werden. Arbeiter, Arbeitslose und Studenten müssen ihre Stimme erheben und einen Schritt der SPD nach links fordern" (*ebenda*).

Das Abstoßende an der Linksruck-Politik ist, daß zumindest die Führung genau weiß, auf was für eine SPD sie die ArbeiterInnen orientiert:

"Der Rassismus der CDU, auf dem die DVU aufbauen könnte, ist auch von einem Gerhard Schröder hoffähig gemacht worden, der medienwirksam forderte, kriminelle Ausländer möglichst schnell rauszuschmeißen" (*ebenda*).

Und in einer kaum zu überbietenden Peinlichkeit wird dann doch die Wahltrommel für die SPD gerührt:

"Wer aber mehr will, als einen neuen Kopf im Kanzleramt, wer echte Veränderung erwartet, sollte die SPD wählen - allerdings ohne jegliche Illusion, daß die SPD die erhoffte Veränderung bringen wird" (*Linksruck 55*, zitiert nach *BAHAMAS 26*).

Dennoch wollen sie den Massen einreden, das Problem sei die SPD-"Passivität":

"Anstatt Kohls Krise für eine Großoffensive auszunutzen, verläßt sie sich jedoch lieber darauf, daß Nichtstun im Moment schon ausreicht. Besonders beim CSU-Rassismus kann diese Taktik(!) extrem gefährlich werden. (...) In dieser Situation, wo die Konservativen nach rechts marschieren und die SPD passiv daneben steht, müssen sich Sozialisten massiv in die Debatten einschalten" (*Linksruck 57*).

Zu wissen, daß Schröder keineswegs passiv, sondern höchst aktiv den Rassismus hoffähig macht und dies als falsche Taktik zu verharmlosen, macht Linksruck im Wahljahr 1998 zu einer der widerlichsten opportunistischen Strömungen.

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm

Auch die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) weiß, daß

"Schröder die SPD weiter nach rechts zieht, um die Kohl'sche Politik im Herbst 98 als SPD-Bundeskanzler fortsetzen zu können, ..." und daß "sich Grüne und PDS in Anpassung an diesen Rechtskurs (überbieten)" (*Linke Offensive 19*).

Ihren eigenen Anpassungskurs hatte die ISO bereits im Jahr zuvor festgelegt:

"Das heißt nicht Defätismus am Wahltag - hier rufen wir schon dazu auf, das Kreuzchen links von der gegenwärtigen Regierung zu machen ..." (*Thesen zur politischen Lage November 1997*).

Damit dieser Rechtskurs nicht gleich ins Auge springt (es wird eben immer unappetitlicher, die SPD zu wählen), hängt sie hinten ran "... - aber ohne einen hysterischen Tanz um diesen Wahltag herum zu veranstalten" (*ebenda*). Auch ohne Tamtam: Der Opportunismus siegt! "Beim-Kreuzchen-machen" möchte man dabei sein. Im Gegensatz zu KommunistInnen, die "... theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus" haben (*Manifest der Kommunistischen Partei*), will die ISO an der vom Reformismus in Rückständigkeit gehaltenen Masse kleben bleiben.

Auch die dritte Gruppe der Enkel Cliffs, die Internationalen Sozialisten (IS), will mit dabei sein. Sie will es

"Aus Solidarität (!) zu den Kollegen: Wählt SPD ohne Illusionen und trotz ihrer Politik - Nehmt aber Eure Sache in die eigene Hand" (*Klassenkampf 14*).

Wenn schon untergehen, dann wenigstens solidarisch in der Masse! Schließlich folgt - in den Träumen der IS - auf den Untergang der Klassenkampf:

"Das einzige, was für eine SPD-Regierung sprechen könnte, wäre, daß sie ihre Arbeiterfeindlichkeit und ihre Verräterrolle am besten unter Beweis stellt, wenn sie die Verantwortung für die Politik trägt. Wenn die Arbeiter dann Widerstand leisten, dann müssen sie es gegen die SPD tun" (*Klassenkampf 15*).

Als ob die Arbeiterfeindlichkeit der SPD im Verborgenen läge: Wenn ArbeiterInnen kämpfen, müssen sie es auch jetzt schon gegen den Widerstand der reformistischen BürokratInnen in Länderregierungen und Gewerkschaftsapparaten tun. Wenn die SPD schon im Wahlkampf offen die kapitalistische Politik verspricht, die sie im Amt ausführen wird, gibt es keinen Verrat zu entlarven!

RSB-Umleitung: Über PDS zur SPD

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) wählt einen scheinbar radikalen Umweg für seine Unterstützung der Sozialdemokratie.

"Die SPD ist nicht mehr sozial. Die SPD ist nicht mehr demokratisch" (*Avanti 38*). "Nach Godesberg gab sie den Traum vom Sozialismus auf ... Unter Schröder streicht die SPD ihren sozialen Anspruch und stellt die Interessen des Kapitals als allein seeligmachend für alle dar" (*ebenda*).

Und der RSB ergänzt:

"Im Gegensatz zu den meisten SozialistInnen halten wir die SPD und die Grünen für prinzipiell nicht wählbar" (*Bundestagswahl '98: Schröder-Fischer statt Kohl? ohne Datum*),

es braucht

"eine neue, kämpferische Arbeiterpartei ... Die PDS ist nicht diese Partei, aber eine Stimme für die PDS kann den Wunsch nach einer Arbeiterpartei zum Ausdruck bringen. Deshalb fordern wir bei der Bundestagswahl '98 zur kritischen Wahlunterstützung der PDS auf" (*ebenda*).

Und die PDS wird "auch ohne die Zustimmung der SPD Gerhard Schröder zum Kanzler wählen".

Im Unterschied zu den strategischen WahlunterstützerInnen des Reformismus ist für kommunistische Taktik nicht einfach nur der Wunsch nach einer Arbeiterpartei entscheidend, sondern der Wunsch nach einer Arbeiterpartei, an die die ArbeiterInnen die Erwartungen knüpfen, sie werde für ihre Interessen kämpfen. Das grundlegende Problem ist jedoch das Fehlen proletarischer Gegenwehr, weshalb jede linke Phrase im PDS-Wahlprogramm praktisch bedeutungslos ist und entsprechend vom Parteivorstand überhaupt nicht ernst genommen wird, wie der Blanko-Scheck für Schröder beweist. ArbeiterInnen aufzufordern diese Partei zu wählen, steht deshalb im Widerspruch dazu, sie vom Reformismus und Sozialpatriotismus der PDS zu brechen und für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei zu gewinnen.

Welche "Wahl" haben KommunistInnen?

Die Stärke des deutschen Imperialismus und das Wachstum der Faschisten beruhen zentral auf der Schwäche der Arbeiterbewegung. SPD und PDS sind zusammen mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie die entscheidenden Faktoren für die Herstellung dieser Schwäche, und ihre Politik taugt allein dazu, diese fortzuschreiben. Die verschiedenen vorgeblich trotzkistischen Gruppen, die entweder selbst zur Wahl antreten, zur Wahl der SPD/PDS aufrufen oder in der SPD abgetaucht sind, bewegen sich alle im Sog des Reformismus und binden die ArbeiterInnen an sozialdemokratische Politik (siehe *BOLSCHEWIK 3*). Bei den Wahlen zum Bundestag 1998 gibt es daher für KommunistInnen keine Wahl. Die politische Schwäche der Arbei-

terklasse kann nur überwunden werden durch den Aufbau einer revolutionären Partei, der es gelingt, sich im Kampf gegen den Reformismus in der Arbeiterbewegung zu verankern und die politische Führung in den Gewerkschaften zu erobern. Dazu müssen alle Formen besonderer Unterdrückung wie Rassismus, Nationalismus und Sexismus (auch in der Arbeiterbewegung) entschlossen bekämpft und die Interessen und Kämpfe aller Unterdrückten mit dem proletarischen Klassenkampf verbunden werden. Der Wahlkampf muß von KommunistInnen dazu genutzt werden, das revolutionäre Programm zu verbreiten.

-Verteilung der Arbeit auf alle bei vollem Lohnausgleich, Ausgleich der tatsächlichen Inflation, Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit sowohl für Frauen als auch für alle Lohnabhängigen in der ehemaligen DDR und ein massives Programm öffentlicher Arbeiten finanziert vom Kapital sind entscheidend im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Zur Durchsetzung und Kontrolle dieser Maßnahmen müssen die ArbeiterInnen sich in Betrieben und Wohngebieten in räteähnlichen Komitees organisieren.

-Jeder ernsthafte Schritt zur Verteidigung von Arbeiterinteressen erfordert den Kampf gegen die reformistischen Blockierer des Klassenkampfes: Feuert die Gewerkschaftsführung! Für kommunistische Gewerkschaftsfraktionen!

-Die Emanzipation der Gesellschaft ist am Grad der Emanzipation der Frau abzulesen. Die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 und die Vergesellschaftung der Hausarbeit sind wesentliche Voraussetzungen für die Befreiung der Frauen. Für eine kommunistische Frauenbewegung!

-Volle Staatsbürgerrechte für ImmigrantInnen, gegen alle Einwanderungsbeschränkungen, keine Abschiebungen. Demokratischer Rassismus und Nationalismus sind Wegbereiter für die Nazis. Die Organisationen der Faschisten müssen durch die Mobilisierung der Lohnabhängigen und Unterdrückten zerschlagen werden. Für gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigung gegen die Nazibanden.

-Die Verteidigung ihrer Interessen wird ArbeiterInnen und Unterdrückte unweigerlich in Konflikt mit der Staatsgewalt bringen: Demokratische Rechte müssen gegen die Angriffe von bürgerlichem Staat und Faschisten verteidigt werden. Dabei sind Illusionen in den Parlamentarismus und die bürgerliche Staatsmacht kontraproduktiv. Die Arbeiterklasse muß mit dem bürgerlichen System brechen und konsequent ihre Gegenmacht organisieren zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

-Die Offensive des deutschen Kapitals im Inneren wird ergänzt durch sein Großmachtstreben nach Außen: Nein zu jeder Bundeswehr- und NATO-Intervention! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Weder EU noch deutschnational: Nur der Sturz der kapitalistischen Herrschaft kann den ausgebeuteten und unterdrückten Massen einen Ausweg weisen.

-Die ProletarierInnen in Europa müssen ihre jeweiligen Hauptfeinde im eigenen Land stürzen, die Bourgeoisie entschädigungslos enteignen und eine demokratische Planwirtschaft errichten. Die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa sind die einzig realistische Perspektive für die Befreiung der ArbeiterInnen und Unterdrückten in Europa sowie in den von europäischen Imperialisten geknechteten Ländern.

All diese Forderungen können nicht durch irgendeine Variante einer parlamentarischen, bürgerlich-demokratischen Regierung verwirklicht werden. Diese Forderungen können nur durch die Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie durchgesetzt werden. ■